



Listenplatz 1

Werner Frey

66 Jahre Grävenwiesbach Rentner Mitglied der IG BAU. Klimaschutz die zentrale Zukunftsfrage. Dazu gehört eine konsequente Energie- und Verkehrswende. Der ländliche Raum muss an die Metropolen angeschlossen werden mit ÖPNV und WLAN und Läden zur Daseins-versorgung und regionalen Produkten. Dazu muss der sozialökologische Landbau und die artengerechte Nutztierhaltung gefördert werden.



Listenplatz 2

Paul Laslop

55 Jahre, Koch, Steinbach
Für gute Arbeit, Tarifliche Löhne (Tariftreue) setze ich mich als Betriebsrat einer ehemaligen Lufthansa-Konzerntochter ein. Eine transparente, bürgernahe, zukunftsorientierte und demokratische Kommunalpolitik ist mir wichtig. Soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft will ich stärken. Bekämpfung des Waldsterbens im Taunus durch Aufforstung.



Listenplatz 3

Stefanie Lohnes

47 Jahre, Sozialpädagogin, Friedrichsdorf
Wir brauchen kommunale Krankenhäuser, bei denen die Versorgung der Patienten und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Die Beschäftigten in den Kliniken haben ein Recht auf tarifliche Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen. Ich finde es außerdem wichtig, dass wir uns gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.



Listenplatz 4

Martin Schweiger

36 Jahre, Anwendungsentwickler, Oberursel
Soziale Teilhabe und Sicherheit, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder wirtschaftlicher Stellung ist mir wichtig. Dafür steht die Linke und dafür will ich mich auf Kreisebene einsetzen. Mit Corona brauchen wir alle mehr solidarische Politik, gerade auch vor Ort.



Listenplatz 5

Silvia Lehmann

58 Jahre, Hundetrainerin und Betreuerin für Grundschulkinder, ehrenamtliche Feuerwehrfrau und seit vielen Jahren im Tierschutz tätig. Mir liegt das Wohl derer, die nicht für sich sprechen können, ganz besonders am Herzen das sind Tiere und Kinder. Deshalb setze ich mich ein für: Fairer, respektvoller Umgang mit Tieren.


Weitere Kandidaten

- | | |
|--------------------------------|----------------|
| 6. Clemens Selzer | Bad Homburg |
| 7. Runfrid Vogel-Flache | Oberursel |
| 8. Dirk Hoff | Friedrichsdorf |
| 9. Ursula Klier | Oberursel |
| 10. Tim Arzt | Friedrichsdorf |
| 11. Naomi Kubota | Usingen |
| 12. Manfred Niendorf | Oberursel |
| 13. Regina Schröder | Bad Homburg |
| 14. Bernd Vorlaeufer-Germer | Bad Homburg |
| 15. Jutta Körber | Oberursel |
| 16. Ingmar Schlegel | Oberursel |
| 17. Dr. Brigitte Kubota-Müller | Usingen |
| 18. Steffen Etzel | Friedrichsdorf |
| 19. Olga Kasper | Oberursel |
| 20. Jörg Ehret | Bad Homburg |
| 21. Karin Reuter | Bad Homburg |
| 22. Dieter Welke | Oberursel |
| 23. Andreas Beck | Oberursel |
| 24. Roland Haas | Oberursel |
| 25. Albert Henkel | Wehrheim |
| 26. Gerd Maly | Oberursel |
| 27. Hartmut Mattern | Oberursel |
| 28. Rainer Roßbach | Oberursel |
| 29. Andreas Weyh | Oberursel |
| 30. Dr. Hans Jennes | Friedrichsdorf |

Wollen Sie mehr über uns wissen, dann gehen sie auf unsere Homepage

www.dielinke-htk.de

Facebook: @LinkeHTK 

Instagram: @linke_hochtaunus 



DIE LINKE.
KREISVERBAND HOCHTAUNUS

e-mail: info@dielinke-htk.de

**Sozial.
Ökologisch.
Generationengerecht.
Für den Hochtaunuskreis.**



 @linke_hochtaunus

 @LinkeHTK

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.
KREISVERBAND HOCHTAUNUS

Der Hochtaunuskreis ist in Deutschland einer der Landkreise mit dem höchsten Durchschnittseinkommen. Hier wohnen jedoch nicht nur Reiche, die von den Steuergeschenken der vergangenen Jahre heftig profitiert haben, sondern in der Mehrzahl Bürgerinnen und Bürger, die auf die öffentliche Daseinsvorsorge und funktionierende kommunale Einrichtungen angewiesen sind. Die Interessen dieser Bürgerinnen und Bürger wollen wir vertreten.

DIE LINKE verbindet die Arbeit in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräten mit außerparlamentarischem Engagement. Unsere Bündnispartner sind u.a. Aktionsgruppen, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, Behindertenverbände, Umweltbewegungen, Fridays for Future und Bürgerinitiativen.

Bürgerbeteiligung und Demokratie

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Höchstmögliche Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen in allen Parlamenten
- Livestream bei Kreistagsdebatten
- Mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene durch mehr Bürgerbeteiligung, Bürgeranträge und Petitionsrecht

Gemeinsam Leben - Soziale Sicherung, Bildung und Lebenschancen für alle

DIE LINKE setzt sich für eine gleichberechtigte soziale Teilhabe für alle Bürger*innen ein

- Einführung eines Sozialpasses für alle von der sozialen Grundsicherung betroffenen Bürger*innen.
- Für Bezieher*innen sozialer Leistungen: Übernahme der vollen Mietkosten, wenn keine zumutbare preiswerte Wohnung angeboten werden kann.
- Für Geflüchtete: Erklärung des Hochtaunuskreises zum „sicheren Hafen“
- Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten. Reduzierung der Sammelunterkünften auf in absolut notwendiges und unvermeidbares Maß.
- Beschäftigung von qualifiziertem Fachpersonal in allen kommunalen Einrichtungen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Angemessene Bezahlung von Erzieher/innen

- Kostenlose Bereitstellung von ausreichenden, wohnortnahen, ganztägigen Kitaplätzen.
- Staffelung der Beitragssätze für Kitas nach sozialen Gesichtspunkten (z.B. Elterneinkommen), solange es keine kostenlosen Angebote gibt
- Flächendeckende Ausstattung mit Computern und Breitband-Internetanschlüssen in den Schulen.
- Umwandlung vorhandener Schulen in Ganztagschulen.
- Das kommunale Wahlrecht für Bürger*innen ab dem 16. Lebensjahr
- Mehr Sozialarbeiter/innen in den Gemeinden, speziell für Jugendarbeit, sowohl in den Jugendzentren als auch in der aufsuchenden Sozialarbeit, z.B. als Streetworker/innen und Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen.
- Vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für einen barrierefreien Hochtaunuskreis! Schaffung von bezahlbaren alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Städte und Gemeinden.
- Intensivierung des kommunalen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
- Unterstützung von antirassistischen und antifaschistischen Organisationen vor Ort
- eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik.

Für die Beschäftigten des Kreises und der kreiseigenen Gesellschaften und Betriebe fordert **DIE LINKE** :

- Ihre Entlohnung muss für alle Beschäftigten so armutsfest gestaltet werden, dass nach 40 Beschäftigungsjahren eine Rente erzielt werden kann, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro, perspektivisch auf 14 Euro.
- Betriebe, die öffentliche Aufträge erhalten, müssen sich zur Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreue), mindestens aber den Mindestlohn sowie auf Engagement bei der Ausbildung und auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichten.

Ausreichende und sichere Finanzierung kommunaler Aufgaben – kommunale Selbstverwaltung stärken

DIE LINKE setzt sich ein für:

- eine aufgabengerechte und angemessene Finanzierung der Kommunen. Kosten für kommunale Pflichtaufgaben im sozialen Bereich müssen vollständig von Land und Bund refinanziert werden.
- die Einführung der Finanztransaktionssteuer und die Wiederanhebung der Spitzensteuersätze.
- Rückführung privatisierter Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Gesundheit- Pflege-Energieversorgung etc.) in kommunale Eigenbetriebe und Verbleib öffentlicher Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung – Privatisierung lehnen wir ab. Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen, nicht Kapitalinteressen.

Zukunft für Mensch und Umwelt

- Erhalt und Neubau von Sozialwohnungen. Sozial gestaffelte Mieten für alle mit kleinem Einkommen.
- Ausbau des schnellen Internets für alle! Verstärkte Nutzung von regenerativen Energien (Wind, Wasser, Solar, Biogas und Erdwärme), um fossilen Energieträger zu ersetzen.
- Die Re-Kommunalisierung von kommunalen Verkehrsleistungen.

Der Kreis und die Kommunen haben die Aufgabe, in ihrem Bereich das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen. Auch nach fünf Jahren ist davon nichts zu spüren. Der erste Schritt wäre die **Ausrufung des Klimanotstands**. Ziel ist die CO₂ Neutralität

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Wald statt Asphalt: Verkehrswende statt weitere unnötige Flächenversiegelungen!
- für einen gut getakteten ÖPNV zum Nulltarif, eine Infrastruktur, in der man mit dem ÖPNV alle Ziele erreicht.
- Autofreie Innenstädte und Ausbau eines flächendeckenden Radwegenetzes
- Förderprogramme für Klimaschutzaktivitäten beim Bauen und Sanieren.
- Nachhaltige Stadt- und Verkehrsplanung hin zum Wohnen und Arbeiten der kurzen Wege.
- Ökologischer Landbau, sowie die artgerechte Nutztierhaltung und deren ortsnahe Verarbeitung sind zu fördern.